

Bundeswehrsoldaten beim Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag in Berlin  
Foto: Stefan Boness/lpon



# Der Kummerkasten läuft bald über

Die Bundeswehr hat ein gravierendes Problem, und das nicht erst seit gestern: Soldat\*innen beschwerten sich über Rassismus, Sexismus und andere Übergriffe. Der Wehrbeauftragte des Bundestags verzeichnet für das letzte Jahr einen Boom gemeldeter Fälle. Seine Erklärung für den Anstieg: Die Truppe ist nach vielen Skandalen einfach sensibler geworden.

aus Berlin von **Pascal Beucker**  
und **Tobias Schulze**

Ein Oberleutnant spricht vor Kameraden zu einem Untergebenen mit türkischem Migrationshintergrund: „Sie wissen ja, was ich von Ihnen und Ihrer Arbeit halte, generell von den Türken, die wir hier haben. Die sollten alle wieder zurück“, sagt er zu ihm.

Ein Hauptfeldwebel schickt kurz vor Silvester ein Bild von Adolf Hitler und weiteren Nazis mit Hitlergruß in eine Whatsapp-Gruppe. „Guten Rutch Kameraden!“, schreibt er dazu.

„Eine Frau ist nichts wert“, sagt ein Hauptgefreiter auf dem Truppenübungsplatz. Und dann: „Wenn ich Jude wäre, würde ich mich sofort abstechen. Ich hasse Juden.“

Ein Obergefreiter kommt betrunken in die Stube eines Unteroffiziers und begrüßt ihn mit den Worten: „Sieg Heil!“

Alle vier Fälle ereigneten sich im vergangenen Jahr in der Bundeswehr. Gegen die Betroffenen verhängte die Armee zwar Disziplinarstrafen, aber keiner von ihnen wurde wegen der Äußerungen rausgeschmissen. Das geht aus dem Wehrbericht des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels hervor, den dieser am Dienstag veröffentlicht hat. Der SPD-Politiker ist so etwas wie der Kummerkasten der Soldaten: Wenn sie in der Armee etwas stört, können sie sich an ihn wenden, bestimmte auf dem Dienstweg gemeldete Vorfälle landen auch automatisch bei ihm. Ausgewählte Fälle greift der Wehrbeauftragte dann in seinem Bericht auf.

Für das vergangene Jahr spricht er von einem „Meldeboom von rechts-extremistischen Verdachtsvorfällen über unangemessenes Führungsverhalten bis zu sexueller Belästigung“. Bei Verstößen gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg die Zahl der Verdachtsfälle zum Beispiel von 179 im Jahr 2016 auf 305 im Jahr 2017. Im vergangenen Jahr meldete die Bundeswehr laut Bartels zudem 167 Vorfälle mit „Verdacht auf Gefähr-

dung des demokratischen Rechtsstaats, unzulässige politische Betätigung oder Volksverhetzung“. Dabei seien, so heißt es im Jahresbericht, in 47 der bereits 81 abgeschlossenen Verdachtsfälle allerdings keine Dienstvergehen festzustellen gewesen oder Soldaten als Täter zu ermitteln gewesen. Zum Vergleich: Für das Jahr 2016 verzeichnete der Wehrbeauftragte 63 solcher Ereignisse, wobei sich in sieben der im Berichtszeitraum abgeschlossenen Fälle der Verdacht nicht bestätigte.

Hintergrund der gestiegenen Zahlen sind offenbar öffentlich diskutierte Fälle aus dem vergangenen Jahr: der des rechtsextremen Soldaten Franco A. zum Beispiel, der unter Terrorverdacht festgenommen wurde. Oder der von Rekruten in Pfullendorf, die wegen entwürdigender Aufnahmerrituale aus der Armee geschmissen worden. Bartels

**„Eine Frau ist nichts wert“, sagt ein Hauptgefreiter. Und dann: „Wenn ich Jude wäre, würde ich mich sofort abstechen. Ich hasse Juden.“**

zufolge haben die Debatten über die Fälle zu einer „gestiegenen Sensibilisierung“ geführt.

Die Fälle, die ihm daraufhin gemeldet wurden, weisen zum Teil auf übertriebene Härte in der Ausbildung hin. Der bereits bekannte Fall eines Rekruten, der in Munster nach einem übertrieben harten Eingewöhnungsmarsch starb, ist nur das härteste Beispiel. An einem Standort soll ein Ausbilder einen Rekruten mit den Worten angeschrien haben:

**Hauptfeldwebel schickt kurz vor Silvester ein Bild von Adolf Hitler und weiteren Nazis mit Hitlergruß. „Guten Rutch Kameraden!“**

„Ich schieß dir gleich in dein Scheiß-Gesicht“. Ein anderer Ausbilder soll beim Morgenappell gesagt haben, er würde am liebsten allen anwesenden Rekruten „auf die Fresse hauen“ und sie Liegestützen „bis zum Kotzen“ machen lassen.

Besonders schwer haben es in vielen Fällen offenbar Soldatinnen. So schilderte eine Betroffene dem Wehrbeauftragten, ein Vorgesetzter habe zu Kameraden über sie gesagt: „Sehen sie das hässliche Ding dahinten in der Ecke? So was Hässliches fickt man nicht.“ Das Verteidigungsministerium fördert zwar die Akzeptanz von Frauen und sexuellen Minderheiten in der Armee, wird dabei zum Teil aber aus der Truppe heraus gebremst. So richtete das Ministerium im vergangenen Jahr einen Workshop zum Thema „Sexuelle Orientierung und Identität in der Bundeswehr“ aus. Einige Soldaten, die daran teilnehmen wollten, wurden von ihren Vorgesetzten nicht freigestellt, sondern mussten dafür Urlaub nehmen.

Bartels führt in seinem Bericht einige der Missstände auf Überlastung zurück: Im Bereich der historisch-politischen Bildung in der Bundeswehr sei zum Beispiel ein „schleichender Verfall“ zu erkennen. Es werde mit Bildungsarbeit geizig, „weil die dafür vorgesehenen Zeiten anderweitig vermeintlich sinnvoller genutzt werden können und das Personal für den Unterricht gar nicht da ist oder anderweitig gebraucht wird.“

Oberste Priorität haben die Themen aber auch für den Wehrbeauftragten selbst nicht. So gab es im letzten Jahresbericht noch einen

eigenen Unterpunkt mit der Überschrift „Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“. Daraus ist nun „Verletzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ geworden. Im neuen Bericht tauchen die Begriffe Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hingegen nicht mehr auf, auch der Begriff Rassismus scheint dem Wehrbeauftragten keine Erwähnung wert.

Bei seiner Präsentation des Jahresberichts vor der Bundespresse-

**Oberleutnant zu Untergebenem mit türkischem Migrationshintergrund: „Sie wissen ja, was ich von Ihnen halte, generell von den Türken. Die sollten alle zurück.“**

konferenz erwähnte Bartels die signifikant höheren Zahlen nicht von sich aus. Erst auf Nachfrage bezog er kurz dazu Stellung und verwies auf die gestiegene Sensibilität. Er habe „keinen Anhaltspunkt“ dafür, dass die Bundeswehr heute rechtsextrem sei. Allerdings, so räumte Bartels ein, bleibe das ein Dauerthema, „weil Extremismus in der Bundeswehr immer etwas ist, wo man hingucken muss“. Aber dafür gebe es ja auch den MAD. „Wir haben mit der Sicherheitsüberprüfung von Anfang an jetzt ein neues Instrument, das helfen kann, rechtsextreme Bewerber gleich rauszufischen“, sagte Bartels. Dadurch habe der MAD zwar mehr zu tun. „Aber dafür ist er auch da.“

## Bartels' Trümmertruppe

In seinem Jahresbericht 2017 beklagt der Wehrbeauftragte den Zustand der Bundeswehr

Fregatten laufen nicht aus, U-Boote tauchen nicht ab und Flugzeuge fliegen nicht: Glaubt man dem Wehrbeauftragten des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), steht es nicht gut um die Bundeswehr. „Die Materiallage bleibt dramatisch schlecht, an manchen Stellen ist sie noch schlechter geworden“, so Bartels bei der Vorstellung seines Jahresberichts für 2017 am Dienstag in Berlin. Zwar seien die vom Verteidigungsministerium proklamierten Trendwenden bei Personal, Material und Finanzen „unbedingt zu begrüßen“ – aber „die Proklamation allein“ mache „nichts besser“.

Verantwortlich für diesen Zustand der Truppe macht Bartels eine „Überlast“: Vor 1990 habe ihre Hauptaufgabe in der Landesverteidigung bestanden, in der Ära danach in „Out of area“-Einsätzen außerhalb des Nato-Gebietes. Heute stünden Auslandseinsätze und Teilnahme an der kollektiven Verteidigung jedoch gleichrangig nebeneinander. Für eine Einschränkung der Aufgaben, etwa eine Reduzierung der derzeit 13 Auslandseinsätze von Afghanistan bis Mali, plädiert er nicht.

Stattdessen blickt der Sozialdemokrat in die Zukunft, um seinem Begehren nach einer besseren Finanzierung des deutschen Militärs weiteren Nachdruck zu verleihen: „Der im Berichtsjahr diskutierte und durch eine Übung unter Leitung der Polizei erprobte Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorabwehr stellt eine potenzielle zusätzliche Aufgabe dar, für die wie für das militärische Kerngeschäft in der kollektiven Verteidigung und „out of area“ eine materiell voll ausgestattete und personell voll aufgestellte Truppe erforderlich ist.“

Was dafür zusätzlich gebraucht werde, koste zusätzliches Geld, das in den Verteidigungshaushalt kommen müsse, konstatierte Bartels. „Dort aber steht bisher noch nichts substantiell Zusätzliches.“ Auch im neuen Koalitionsvertrag von Union und SPD fehle „eine belastbare Aussage zu den Finanzen“, kritisierte er.

Um die Stimmung der Soldatinnen und Soldaten kurzfristig zu verbessern, forderte Bartels „besonders liebevoll gemanagte schnelle Lösungen für sichtbare, spürbare Verbesserungen, etwa bei der neuen Kampfkleidung, einschließlich Stiefel“. Viele wünschten sich „eine Art Befreiungsschlag“ im Sinne schneller Beschaffungspakete.

Unterstützung kommt von den Grünen. „Trotz der vielen Ankündigungen und Trendwenden, ist wenig Zählbares passiert“, kritisierte deren sicherheitspolitischer Sprecher Tobias Lindner. „Es ist der Ministerin bisher nicht gelungen, eine wirkliche Verbesserung der Situation in der Bundeswehr zu erreichen“, sagte er in Richtung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU).

Scharfe Kritik kommt hingegen von der Linksfraktion. „Der Wehrbeauftragte gibt den Auftragsbeauftragten“, sagte die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, die für die Linkspartei im Verteidigungsausschuss sitzt. Bartels beklage die vermeintliche Unterfinanzierung der Bundeswehr, „um damit Akzeptanz für die geplante Aufstockung des Wehretats zu schaffen“.

Pascal Beucker